

INHALT

1. Chaoswoche in Kiel

2. Flächendeckende Aktion von CDU-Landtagsfraktion und CDU-Mitgliedern

26.09.2014

Chaoswoche in Kiel

Albig wird von Regierungsfractionen öffentlich gemaßregelt und verliert weiteren Minister

Der Versuch von Ministerpräsident Torsten Albig, durch eine schnelle Nachfolgeregelung für Bildungsministerin Wende in ruhiges Fahrwasser zu kommen, ist gescheitert. Am Dienstag wurde er in einer gemeinsamen Pressekonferenz von den drei Vorsitzenden der Regierungsfractionen öffentlich gemaßregelt. SPD-Landes- und Fraktionschef Stegner erklärte, die durch den Ministerpräsidenten im Rahmen der Ernennung von Bildungsministerin Britta Ernst vorgenommene Änderung des Ressortzuschnitts widerspreche dem Koalitionsvertrag. Albig habe laut Stegner den Vorgang bedauert und versichert, so etwas werde sich nicht wiederholen. Die Grüne Landesvorsitzende Ruth Kastner machte deutlich, dass ein Wiederholungsfall das Ende der Koalition bedeuten könnte. „Wie mit der öffentlichen Bloßstellung des Ministerpräsidenten in der Koalition das Vertrauen wieder hergestellt werden soll, bleibt das Geheimnis von SPD, Grünen und SSW“, kommentierte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen am Dienstag. Auch die Grünen hätten sich blamiert, weil sie den neuen Ressortzuschnitt und damit den Bruch des Koalitionsvertrages zum Schaden von Wissenschaft und Wirtschaft im Land akzeptierten.

Am Mittwoch wurde bekannt, dass Wendes Rücktritt durch Ermittlungsergebnisse der Staatsanwaltschaft ausgelöst wurde. Ministerpräsident Albig sei am Donnerstag der Vorwoche davon in Kenntnis gesetzt worden, dass Wende viel früher als bislang bekannt über ein Rückkehrrecht an die Flensburger Universität verhandelt habe. Daraufhin habe er sie am Freitag zu einem Gespräch gebeten, an dessen Ende ihr Rücktritt stand. „Mit diesem Papier bricht die gesamte bisherige Argumentation der Landesregierung in sich zusammen. Es ist unglaublich, dass uns diese Erkenntnisse durch den Ministerpräsidenten bis heute verheimlicht wurden“, kommentierte CDU-Hochschulexperte Daniel Günther den Vorgang. Man werde prüfen, ob nur die Oppositionsfractionen, oder das gesamte Parlament im Unklaren gelassen wurden.

Mit dem völlig überraschenden Rücktritt von Innenminister Andreas Breitner verschärfte sich die Regierungskrise am Donnerstag noch einmal. Breitner teilte völlig überraschend mit, er sei zum Direktor des Verbandes Norddeutscher Wohnungsunternehmen gewählt worden und habe deshalb um seine Entlassung gebeten. Breitner begründete den Schritt damit, mehr Zeit für seine Familie haben zu wollen. Albig selbst hatte davon erst am Mittwoch erfahren, obwohl die Verhandlungen bereits im August begonnen haben sollen.

Sowohl Albig als auch SPD-Landeschef Stegner reagierten scharf. Die SPD-Landtagsfraktion

halte es für unverantwortlich, dass Breitner sein Amt zu einem Zeitpunkt aufgibt, „wo wichtige Projekte und Verfahren – wie Reform des FAG, Umsetzung der Stellenabbauvorgabe bei der Polizei, Unterbringung von Flüchtlingen – zur Entscheidung und Umsetzung anstehen.“ Auch den geplanten Wechsel in die Wohnungswirtschaft sehe die SPD sehr kritisch.

„Die Regierung zerfällt. Mit Andreas Breitner verlässt der letzte schleswig-holsteinische SPD-Minister fluchtartig das Albig-Kabinet. Auch wenn dieser Schritt offensichtlich vorbereitet war, macht der Zeitpunkt deutlich, wie groß der Frust über die katastrophale Arbeit des Ministerpräsidenten innerhalb der engsten Regierungsmannschaft sein muss“, kommentierte Johannes Callsen am Donnerstag Abend. Am Freitag wurde bekannt, dass der bisherige Chef der Staatskanzlei, Stefan Studt, neuer Innenminister wird.

„Die Beförderung von Studt zum Innenminister ist eine reine Verzweiflungstat des Ministerpräsidenten. Albig muss das letzte Aufgebot mobilisieren, weil niemand mehr in sein Kabinet eintreten will“, kommentierte Callsen.

Die Begründung Albigs für die Personalentscheidung, dass Studt „toll ist“ und sein „bester und intensivster Berater“ sei, sei reine Realsatire:

„Als bester und intensivster Berater des Ministerpräsidenten wurde Studt wesentlich für die katastrophale Koordination und Kommunikation der Staatskanzlei verantwortlich gemacht. Er ist so toll, dass er seit zweieinhalb Jahren bei der Einrichtung des wegen der hohen Priorität von Albig extra in die Staatskanzlei gezogenen Personalmanagements versagt. Und innenpolitisch ist er bislang noch nicht in Erscheinung getreten“, so Callsen.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende forderte erneut einen Stopp der derzeit laufenden FAG-Reform und eine Rücknahme der Kürzung der Polizeistellen.

„Wenn schon ein innenpolitisches Schwergewicht wie Andreas Breitner bei diesen Projekten in schweres Fahrwasser kommt, dann wird Studt damit erst recht scheitern“, so Callsen.

Studts Nachfolger als Chef der Staatskanzlei soll mit dem bisherigen Finanzstaatssekretär Thomas Losse-Müller ein Grüner werden.

Flächendeckende Aktion von CDU-Landtagsfraktion und CDU-Mitgliedern Passend zur Regierungskrise legt CDU-Fraktion Halbbilanz vor

Auch wenn das Datum angesichts des Chaos in der Regierungskoalition derzeit etwas in den Hintergrund gerät: Die „erste Halbbilanz“ der Legislaturperiode geht in den kommenden Wochen zu Ende. Von heute an bis Sonntag (26. - 28. September 2014) wollen die 22 CDU-Landtagsabgeordneten aus diesem Anlass gemeinsam mit örtlichen CDU-Vertretern im gesamten Land über die Arbeit des Ministerpräsidenten und seiner Koalition ins Gespräch kommen. In einer vierseitigen Zeitung „Halbbilanz – die CDU-Fraktion zieht Bilanz“ setzt sich die CDU inhaltlich mit der Politik von SPD, GRÜNEN und SSW auseinander und stellt ihre Alternativen dazu vor. 100.000 Exemplare sind gedruckt und werden in den kommenden Tagen in allen Kreisen und kreisfreien Städten den Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt. Ziel ist es, mit den Menschen im Land flächendeckend nicht nur über die derzeitige Regierungskrise, sondern vor allem auch über die falschen gesetzlichen Weichenstellungen ins Gespräch zu kommen.

In einer gemeinsamen Pressekonferenz stellten heute CDU-Fraktionschef Johannes Callsen und Landesvorsitzender Reimer Böge die Halbbilanz vor. „SPD, Grüne und SSW haben aus den

sprudelnden Einnahmen nichts gemacht: Während sie das Geld in ihre Lieblingsprojekte pumpen, versinken unsere Schulen im Chaos, Straßen und Brücken bröseln und der Verwaltungshaushalt explodiert. Der Ministerpräsident lullt die Menschen ein und gleichzeitig werden die schädlichen rot/grün/blauen Gesetze gegen jede Vernunft durch das Parlament gepeitscht“, erklärten sie im Kieler Landeshaus. Die CDU-Fraktion habe mit ihren Anträgen im Landtag für weniger Bürokratie, mehr Lehrerstellen, konsequenten Schuldenabbau, zusätzlichen Planern für Infrastrukturprojekte und mehr Mitteln für Landesstraßen bessere und vor allem gegenfinanzierte Alternativen für die rot/grün/blauen Gesetze vorgelegt.

Link zur Halbzeitbilanz:

<http://www.cdu.ltsh.de/media/albighalbzeit.pdf>



V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de